

Sechzig plus

Nachrichten und Informationen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Seniorinnen und Senioren (AG 60plus) Baden-Württemberg
Ausgabe Februar 2007

60 plus

SPD

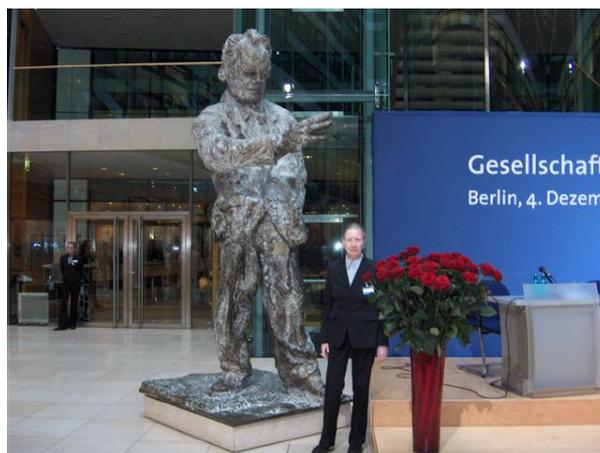
Liebe Genossinnen und Genossen!

Der Landesvorstand 60 plus wünscht Euch für 2007 von Herzen alles Gute und freut sich, Euch heute eine weitere Ausgabe unseres „Blättchens“ vorlegen zu können, das halbjährlich erscheint und Euch über die Arbeit des Landesvorstands 60 plus informieren soll.

Die heutige Nummer enthält das Referat zum Stellenwert der Ökologie, das Hermann Scheer auf unserem gut besuchten Neujahrsempfang am 19. Januar gehalten hat. Scheer ist langjähriger Bundestagsabgeordneter und neben vielen anderen Auszeichnungen auch Träger des Alternativen Nobelpreises. Als Autor zahlreicher Bücher aus dem Bereich der Ökologie und Politikwissenschaft hat er sich unermüdlich für eine alternative, zukunftsfähige Energiepolitik eingesetzt, eine Forderung, die angesichts des Klimawandels aktueller ist denn je.

Diese Ausgabe informiert Euch ferner über den Entwurf eines Antrags, den der Bundesvorstand 60 plus für den Parteitag zur Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms der SPD im Herbst vorbereitet hat. Bisher fehlt im so genannten „Bremer Entwurf“ des neuen Grundsatzprogramms nämlich ein eigenes Kapitel über den demographischen Wandel. Wir sind jedoch der Auffassung, dass ein zeitgemäßes Grundsatzprogramm angesichts des wachsenden Anteils der Älteren in unserer Gesellschaft unbedingt die Bedürfnisse, Möglichkeiten und Verpflichtungen dieser Älteren berücksichtigen muss.

Ferner drucken wir einen Bericht des Stellvertretenden Landesvorsitzenden von 60 plus, Professor Dr. Dietmar Braun, über die Konferenz des Bundesvorstands 60 plus „Gesellschaftlich aktives Alter gestalten“ vom Dezember 2006 in Berlin ab, bei dem der Fünfte Altenbericht der Bundesregierung der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Der Bericht trägt den Titel „Potentiale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft“ und ist eine Fundgrube für alle Fragen der Bedürfnisse, Möglichkeiten und Anforderungen an die ältere Generation.



Schließlich enthält das „Blättchen“ noch einen Hinweis auf den nächsten bundesweiten Aktionstag am 4. April, der dieses Mal unter dem Motto „Generationen lernen gemeinsam“ stattfinden soll. Material dazu kann bei Susanne Dengler im Seniorenreferat des Parteivorstands in Berlin angefordert werden.

Der Dank des Landesvorstands 60 plus gilt Euch allen für Eure Arbeit vor Ort und ganz besonders Gudrun Igel-Mann und dem inzwischen im „Unruhzustand“ befindlichen Peter Steinhilber, die diese Ausgabe unseres Informationsblatts für uns zusammen gestellt und redigiert haben.

Mit herzlichen Grüßen

Eure

Konstanze Wegner

Konstanze Wegner
Landesvorsitzende der AG 60 plus

.....	
• Inhalt:	
• A. Referat Hermann Scheer MdB	Seite 2
• B. Antrag Bundesvorstand	Seite 8
• C. Konferenzbericht	Seite 11
• D. Hinweise und Termine	Seite 12
• E. Bildungsreise nach Thüringen	Seite 12
• F. Verschiedenes	Seite 13
.....	

A. Referat von Dr. Hermann Scheer MdB beim Neujahrsempfang der AG 60 plus am 19.01.07:

„Ökologie – Welchen Stellenwert hat sie wirklich?“

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, sehr geehrte Damen und Herren,

es ist so, dass wir für die nächsten 20, 25 Jahre für das, was politisch zu geschehen hat, Aktivitätsreserven brauchen, derjenigen, die wissen, dass man verantwortlich mit der Gesellschaft umgehen muss. Die das gelernt haben und die sehen, dass heute vielfach seitens der Wirtschaft und leider auch seitens der Politik nicht mehr besonders verantwortlich mit der Gesellschaft umgegangen wird. Heute dominiert ein Kurzfristdenken. Das kommt von dem sogenannten wirtschaftlichen Neoliberalismus, der Verwandlung von volkswirtschaftlichen Betrachtungen in nur noch betriebswirtschaftliche oder einzelwirtschaftliche und bei diesen die Verwandlung nur noch in das ganz kurzfristige auf Sicht von ein paar Monaten oder ein Jahr gerichtete Renditedenken, worunter alles Langfristige leidet und vor allem alles, was gesellschaftsfähig sein muss, leidet.

Ich glaube, wir sind heute angesichts dieses Dogmas, das ich einen westlichen Fundamentalismus nenne, in einer tiefen geistigen Krise unserer Politik, je mehr dieses Gedankengut Einkehr genommen hat und dominant geworden ist in den politischen Debatten. Das können wir an allen Ecken und Enden beobachten. ...

Das Thema für heute ist die Frage, was Ökologie eigentlich bedeutet. Und ich möchte an einen alten Satz, an ein altes Lied erinnern, das über Jahrzehnte hinweg gesungen worden ist, manchmal auch heute noch, ein altes sozialdemokratisches Parteilied: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“ Dieses Parteilied scheint vielen als veraltet. Ich halte es für hochaktuell, mit einer einzigen sprachlichen Ausnahme. Es hätte schon damals eigentlich heißen müssen: „Schwestern und Brüder, zur Sonne, zur Freiheit.“ Und dieses ist deshalb aktuell, weil es viel, viel mehr bedeutet als lediglich das, als was es mal im Engagement gedacht war. Das Lied entstand ja ungefähr in der Zeit der Naturfreundebewegung. Auch die Naturfreundebewegung entstand ja aus der sozialdemokratischen Parteibewegung heraus und es ging darum, dass die vielen, die in den Fabriken beschäftigt waren zu wesentlich längeren Arbeitszeiten und verhältnismäßig deutlich geringeren Löhnen als heute keine Urlaubszeiten hatten und auch kein Geld hatten, um die Fabriksiedlungen und naheliegenden Wohnsiedlungen

vielleicht mal zu verlassen und frische Luft zu atmen. In dieser Zeit entstand die Aktivität auch denjenigen, die in dieser entrechteten gesellschaftlichen Situation waren, die Möglichkeit zu geben, raus ins Grüne um sich seelisch und körperlich wieder aufzufrischen zu können. Und das ging einher mit einer Naturschutzbewegung, die ja bis heute noch in Form von Umweltschutzverbänden existiert, wo Naturschutz eine Art Ausgleich zu dem was industriell getan wird, gesehen worden ist. Hier die Industriegesellschaft mit ihren Anforderungen an Natur selbst. Inanspruchnahme von natürlichen Ressourcen, weil ohne diese kann ja man nichts produzieren und gleichzeitig als Belastung vieler Räume, hochkonzentriert – die Industriestädte entstanden, die Ballungsräume entstanden – und dann eben zum Ausgleich dafür für Mensch und Natur der Versuch, Naturschutzräume zu schaffen. Ein Versuch, der sich denn vielfach auch in der Gesetzgebung bis in die Naturgesetzgebung niedergeschlagen hat. Das wird von vielen bis heute als Umweltengagement gesehen und doch ist es längst nicht mehr genug. Denn was nützt es, wenn wir einzelne Biotope schützen, wenn die Welt als Ganzes bedroht ist.

Und die Welt ist als Ganzes bedroht. Das zeigen die Klimaveränderungen, die menschengemacht sind. Daran kann heute kein Zweifel mehr bestehen. Es wurde lange versucht, das zu bestreiten, von und mit abenteuerlichen Argumenten. Abenteuerlich deshalb, weil wenn man den letzten Beweis abgewartet haben wollte, dass menschengemachte Klimaveränderungen stattfinden, würde es für Reaktionen zu spät sein. Ein 1:1-Risiko existentieller Art ist unverantwortlich. Das wurde lange Zeit aber versucht. Obwohl eigentlich schon immer absehbar war, dass das, was die Basis der gesamten industriegesellschaftlichen Entwicklung und später der weltwirtschaftlichen geworden ist, nämlich die fossile Energiebereitstellung, dass diese nicht von Dauer sein kann. Selbst, wenn es keinerlei Umweltprobleme geben würde. Vor genau 100 Jahren, im Jahr 1907, schrieb der erste deutsche Chemienobelpreisträger Wilhelm Ostwald ein Buch mit dem Titel „Der energetische Imperativ“. Und er kam zu dem zusammenfassenden Sätzen: „Wir sind heute dabei, von einem unverhofften Kapital zu leben, das wir in Form fossiler Brennstoffe unter der Erde finden. Dieses Material wird sich aufbrauchen. Dauerndes Wirtschaften ist allein über die laufende Energiezufuhr der Sonne möglich.“ Wahrscheinlich hat Ostwald in längeren Zeiträumen als 100 oder 150 oder 200 Jahren gedacht, er konnte nicht wissen – wie auch andere Zeitgenossen von ihm nicht -, dass

der Energieverbrauch derartige Ausmaße annehmen würde, wie das im Laufe des dann folgenden Jahrhunderts der Fall war. Er konnte nicht wissen, dass sich die Weltbevölkerung innerhalb von 100 Jahren vervierfachen würde, und damit die Zahl der Energienutzer sich vervierfachen würde, denn ohne Energie geht nichts, wäre alles tot. Das gilt für die Natur, wie für die Zivilisation. Nur dass die Natur von sich aus nie den Fehler machen konnte, sich auf andere Energiequellen zu stützen, als die, die von der Natur in Form der Sonne oder in Form der Folgeenergien der aktuellen Sonneneinstrahlung - des Windes, der Wasserkraft - getan hat. Wir waren so vermessend, diejenigen, die die Zivilisationsentwicklung der Industriegesellschaft eingemeindet haben, zu meinen, wir müssten uns auf andere Energiequellen stützen. Das ist seit der industriellen Revolution der Fall. Auslösender Faktor war die Entwicklung der Dampfmaschine, des berühmten Schotten aus Glasgow, James Watt, der bis heute die Energiesprache prägt (Kilowattstunden, Megawattstunden). Und dieser James Watt mit seiner Dampfmaschine löste eine industrielle Revolution aus. Es war auf einmal möglich geworden, menschliche Arbeitskraft und tierische Arbeitskraft – Pferdestärken, bis heute Energiesprache beim Automobil – zu ersetzen durch maschinelle Kraft. Dadurch wurde Massenproduktion möglich - hochkonzentriert. Dadurch wurde es möglich, weiträumige, schnelle Verkehrsträger zu entwickeln: Die Dampfschiffahrt mit wesentlich größeren Transportkapazitäten als die Segelschiffahrt und schneller dazu. Die Dampfisenbahn. Und dann am Schluss das vierte wichtige Element, die Dampfkraftwerke, wo man also mit der Dampfmaschinenteknik zunächst Dampf erzeugt um dann mit diesem Dampf Turbinen zur Stromerzeugung anzutreiben. Und Strom wurde der wichtigste, weil vielseitigste Energieträger.

Dieses Zeitalter scheint hinter uns. In Wirklichkeit sind wir noch mittendrin. Alle Großkraftwerke, ob es sich um Kohlekraftwerke, Atomkraftwerke, große Gaskraftwerke handelt, alle arbeiten immer noch nach dieser Technologie des 18. Jahrhunderts. Sie erzeugen Dampf, um Strom damit erzeugen zu können. Und wenn die Dampflok verschwunden ist und durch die Elektroloks ersetzt worden ist, dann haben sich eher die Dampfprozesse vermehrt und nicht verkleinert. Aber sie sind hochkonzentriert geworden. Mit dieser Entwicklung entstand die Energiewirtschaft. Die konzentrierte Bereitstellung von Energie, am Anfang Kohle, weil man das am ehesten gefunden hatte und als brauchbar betrachtete für die Dampfmaschine. Und dann kamen

alle neuen Energietechniken, Energiewandertechniken, mit denen wir alles antreiben. Natürlich in einer Form, die das was ohnehin als Energie angeboten worden ist, nutzen konnte. D.h., der Ausgangspunkt, der eben beschrieben worden ist, prägt uns bis heute. Die gesamte Technologieentwicklung wurde ausgerichtet an der einmal am Beginn dieses Prozesses verteilten bereitgestellten Energie. Und deswegen die Ausweitung dann um Erdöl und Erdgas, was ja sehr verwandte Energiequellen sind mit der Kohle – deswegen übrigens auch später der Schritt zur Atomtechnologie. Und deswegen auch die Ausrichtung der zweiten wichtigen, ebenso wichtigen, für die gesamte Weltentwicklung wichtigen Energiewandertechnologie, der Verbrennungsmotor. Der prägte dann das 20. Jahrhundert. Mit dem Automobilverkehr, dann mit dem Schiffsverkehr, in dem der Dampfmaschinenbetrieb abgelöst worden ist, und dann schließlich der Flugverkehr. Gleichzeitig entstand mit der wissenschaftlich technischen Entwicklung eine derartige Zunahme des Energieverbrauchs mit dem Ergebnis, dass in der letzten Hälfte des 20. Jahrhunderts, also in den letzten 50 Jahren, doppelt so viel Energie verbraucht worden ist, denn je zuvor, denn in der gesamten Zivilisationsgeschichte. Ein Ende dieses Prozesses ist nicht abzusehen, bis heute nicht!

Man weiß zwar um die Probleme, man verdrängt sie aber gerne. Allein in den letzten 15 Jahren ist der weltweite Energieverbrauch nochmals um 60 Prozent gestiegen, so schnell wie noch nie zuvor. D.h., wir nähern uns der Erschöpfung in riesigen, rasenden Schritten. Diese Erschöpfung wird uns ereilen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Ob das nun fünf oder zehn Jahre früher oder später sein wird als gegenwärtig angenommen, spielt überhaupt keine Rolle, ist völlig nebensächlich. Nur bei Kohle hat man noch Zeiträume von über 100 Jahren vielleicht, aber wenn der Energieverbrauch weiter so rapide ansteigt, etwa durch die Entwicklung in China und in Indien, dann müssen wir auf eine beschleunigte Erschöpfung warten bzw. wir müssen sie vor Augen haben. Dieses bedeutet, dass wir in die größten weltgeschichtlichen Turbulenzen hineinlaufen, die man sich vorstellen kann. Jeder kann sich ausrechnen, was passiert, wenn die Kurve der verfügbaren Energiereserven, die heute das Energieversorgungssystem weitüberwiegend ausmachen, sich senkt, weil es immer weniger wird und gleichzeitig der Weltenergiebedarf wächst, weil die Weltbevölkerung wächst. Weil andere, bisher nicht industrialisierte Länder sich auf eine Aufholjagd begeben haben, wie eben Indien und China. Dann ist das Ergebnis,

dass diese zwei Kurven, eine steigende und eine sinkende, sich immer mehr annähern. Würden sie sich jemals kreuzen, was ja soviel heißt, es ist nichts mehr da, droht dieser Welt der brutalste Konflikt, den es je gegeben hat. Ein wirklich existentieller, weil ohne Energie nichts geht. Auf dem Wege dahin werden immer mehr Volkswirtschaften unfähig, das Geld für die Energieimporte noch zu bezahlen, gibt es immer mehr Konflikte um den Zugang zu den Restreserven, werden diese Energiequellen immer teurer, weil sie immer nachgefragter werden. Solange man sich davon abhängig fühlt und keine Vorkehrungen getroffen hat, sich davon zu befreien. Es werden immer



Dr. Hermann Scheer MdB

Konflikten eben sich verschärfende militärische Konflikte geben, sie haben ja längst begonnen, wir sollten uns ja nichts anderes vormachen lassen. Es hätte weder den Golf-Krieg noch den Irak-Krieg gegeben, wenn auf der arabischen Halbinsel Bananen angebaut würden statt Öl gefördert. Das ist ein unbezweifelbarer Tatbestand. Die große Frage, die sich da aufdrängt, wenn man das Verhalten der Hauptverbraucherländer betrachtet in ihrem Verhältnis zu den Förderländern, ist in folgende Worte zu kleiden: Das wäre die Frage, von denjenigen gestellt, die meinen, es könnte immer so weitergehen. „Was machen eigentlich die Araber mit unserem Öl?“ Als gehöre es uns. Und viel mehr fällt vielen auch nicht ein. Auf dem letzten Weltwirtschaftsgipfel war im Zentrum die Forderung an die Öl- und Gasförderstaaten, doch gefälligst ihre Förderung auszuweiten, damit unser Energiehunger befriedigt werden kann. Das heißt ja für sie zu erwarten, dass sie beschleunigt ihre Quellen erschöpfen lassen, und dann anschließend um so tiefer in ein totales Loch fallen. Diejenigen, die unter ihren gesellschaftlichen Eliten daran verdienen, werden dann in ihren Villen am Genfer See oder an den fünf Großen Seen in Amerika sitzen und ihr Land versinkt im Chaos. Das sind alle Folgeeffekte dessen, was gegenwärtig passiert.

Wir lassen uns immer noch einreden, das alles sei nötig. Und es sei eine große Leistung gewesen, die aber eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist. Aber dass es als große Leistung gefeiert wird und bis heute betrachtet wird, zeigt schon,

mehr Menschen in Form der steigenden Energie-rechnung mit einer neuen sozialen Hypothek konfrontiert werden. Wird es neben wirtschaftlichen

wie sich die Maßstäbe verrückt haben, dass Deutschland sich verweigert hat, sich im Jahre 2002/2003 am Irak-Krieg zu beteiligen. Nur wenn man diese Problematik sieht und erkennt, dass es sich hier um einen Ressourcenkonflikt handelt, dann reicht es nicht aus, sich nicht zu beteiligen, sondern dann ist die zwingende Schlussfolgerung, alle Anstrengungen auf uns zu nehmen und so schnell als möglich unabhängig von solchen Energiepotentialen zu machen. Sonst hat man nicht das ganze Problem im Auge, sondern nur einen Ausschnitt davon. Das ist die Schlussfolgerung, die wir treffen müssen. Das ist das soziale Anliegen, das wir heute haben.

Ostwald hat noch nicht daran denken können, dass es globale Umweltschäden und Gesundheitsschäden und gar Klimaschäden, die auch eine spezifische Form von Umweltschäden darstellen, geben könnte. Das war damals noch nicht genau erfasst und weil man ja auch die Größenordnungen des kommenden Energieverbrauchs nicht im Auge haben konnte. Heute stehen wir vor der Situation, dass die Belastbarkeit der Ökosphäre unseres Erdballs, die Grenze der Belastbarkeit, zeitlich gesehen früher eintritt sogar als die Erschöpfung der Quellen. Wer immer hofft, dass man noch irgendwo unter der Erde etwas finden würde, zusätzlich, was einem noch ein paar Jahrzehnte geben würde, der macht die Rechnung ohne die Ökosphäre. Wir können uns gar nicht mehr leisten, schon das was jetzt an Reserven bekannt ist – das meiste ist bekannt – noch alles auszubeuten und zu verbrennen, also die globale Pyromanie weiter zu treiben, weil die ökologische Belastungsgrenze uns das verbietet!

Daraus ergibt sich mit glasharter Konsequenz und es gibt kein Drumherumreden mehr, wir müssen in der ersten Hälfte, in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten schon dieses Jahrhunderts die Alternative herbei geführt haben, d.h. die Ablösung atomarer und fossiler Energienutzung durch Erneuerbare Energien. Das ist die Jahrhundertaufgabe, vor der wir stehen!

An der Frage, ob wir das schaffen, entscheidet sich die weitere Zukunftsfähigkeit der Zivilisation. Es ist kein Nebenthema, wie sich das einige so gerne ausmalen oder hinstellen. Es entscheidet sich genau daran, weil eben ohne Energie in der Tat nichts geht. Und gemessen an dieser Herausforderung ist das, was an Bedenkenträgerei formuliert wird, wo das letzte Haar in der Suppe gesucht wird - teilweise solange bis das Haar, das man darin sucht vom Kopf des Suchenden in die Suppe fällt - dass also genau diese Bedenkenträgerei eine erbärmliche Einstellung

gegenüber der wirklichen, breit angelegten, alle Fragen berührenden Herausforderung darstellt. Wir müssen uns dem stellen, und es ist unglaublich wichtig, dass wir uns mit der Erfahrung eines langwierigen politischen Engagements - eines, das nicht nur mit kurzem Atem ausgestattet ist - an dieses hartnäckige Problem machen, wobei man dicke Bretter bohren muss und eine Langfristperspektive braucht und nicht nur eine Kurzfristperspektive. Wir dürfen uns nicht leisten, in zwanzig Jahren – ich meine jetzt, die im Berufsleben, im aktiven, also in unmittelbarer Verantwortung Stehenden – sich die Frage gefallen lassen zu müssen von den dann Jüngeren, heute vielleicht schon Zwanzigjährigen oder noch jünger „Warum habt ihr diese Wende nicht herbeigeführt?“ Und soll dann die Antwort sein, wir hätten es zwar möglich machen können, es war ja beschrieben von Leuten, die man dann ja vielleicht noch kennt, aber das war uns um zwei oder drei Cent für die Kilowattstunde, für den Liter damals zu teuer. Was für eine erbärmliche Antwort auf dieses existentielle Problem! Es geht hier um die Frage gesellschaftlicher Werthaltung und einer Generationensolidarität mit allen, die nach uns kommen, wenn wir uns dieser Frage stellen. Da dürfen wir nicht in dieser Kleinkrämerischen Weise die Diskussion weiterführen, wie sie in der energieökonomischen Debatte geführt wird.

Dann gibt es natürlich die Ausreden. Die Ausreden, das sei technologisch noch nicht so weit, das sei zu teuer oder noch zu teuer oder das Potential reiche nicht usw. Das können wir auch in Baden-Württemberg beobachten. Baden-Württemberg steht im Zentrum der Debatte über die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke. Die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke wird dadurch begründet, dass hier ja keine klimaschädlichen Emissionen anfallen würden. Als seien die atomaren Gefahren minderer Art! Vor allem aber heißt es, das Potential Erneuerbarer Energien reiche nicht aus, um vielleicht bis zum Jahr 2021/2022, wo in Baden-Württemberg vier Atomkraftwerke abgeschaltet werden müssen, einen Ersatzbedarf herzustellen. Und das heißt lieber Laufzeitverlängerung, um Zeit zu gewinnen für Erneuerbare Energien. Das leuchtet vielen ein. Es ist aber ein Trick und vor allem ist es falsch. Denn, wenn wir das mal vor Augen führen, wie viel Strommengen aus dauerhaften, also erneuerbaren Energien ohne jedwede Emission verfügbar gemacht werden könnten in kürzester Zeit, dann kann man das ja in Zahlen beschreiben mit vorhandenen Techniken.

Es würden in Baden-Württemberg 2.000 Windkraftanlagen, das wären alle, gemessen an der

Fläche in Baden-Württemberg, rund 20 Quadratkilometer eine. 2.000 Windkraftanlagen ausreichen, um schon die Hälfte des Stroms zu erzeugen, der aus den vier Großkraftwerken kommt. Dann sagen einige, aber das ist doch viel zu viel. Aber in Baden-Württemberg stehen um die 40.000 Hochspannungsmasten. Die meisten davon würden wegfallen, weil diejenigen, die dafür da sind, den Strom von wenigen zentralen Kraftwerken in die übrigen Netze zu bringen, dann nicht mehr nötig sind, weil diese 2.000 Windkraftanlagen nicht alle an derselben Stelle stehen. Es handelt sich aber um Windkraftanlagen besonderer Leistungsfähigkeit, nicht irgendwelche kleine. Wo ist also das Problem? Weil vielen der Anblick nicht gefällt und den Vergleich nicht ziehen können zu Hochspannungsmasten? Ich habe noch niemanden gesehen, der Hochspannungsmasten für schöner hält als Windkraftanlagen. Also wo ist eigentlich das wirkliche Problem? Warum denn nicht? Aber genau an dieser Stelle wird gemauert. Wird mit behördlicher Willkür verhindert, dass so etwas überhaupt entsteht. Wir haben in Baden-Württemberg gegenwärtig neun Prozent der Stromversorgung aus Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, also kleineren Anlagen breit gestreut. Eine Verdreifachung in fünfzehn Jahren kann doch kein Problem sein. Holland hat eine Verdreifachung in zehn Jahren geschafft. Was die Holländer können, das müssen wir uns doch auch zutrauen. Alleine diese beiden Ansätze würden eine volle Deckung des Atomkraftwerkparks in Baden-Württemberg ermöglichen, alleine diese beiden, geschweige denn andere noch hinzu.

Es wird uns eine angebliche Unmöglichkeit eingeredet und man brauche Zeit dazu. Aber nichts ist schneller installierbar als Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien. Die Installationszeit dauert ein paar Tage oder bei Blockheizkraftwerken vielleicht ein paar Wochen. Also wo ist noch mal das Problem? Ist es der mangelnde Wille? Es ist gleichzeitig eine Unverhältnismäßigkeit in der Bewertung dessen, was eine Belastung darstellt. Im Sinne des Landschaftsschutzes, heißt es, sollte man das nicht tun. Aber wir sind heute schon in einer Zeit, wo die Gletscher schmelzen, wo das Grönlandeis schmilzt, wo das Nordpoleis schmilzt, also die Landschaft, die sich zum globalen ökologischen Ausgleich des Erdballs in dieser und jener Form entwickelt hat, selbst dort zerstört wird, selbst wenn kein Mensch je den Boden mit einem Fuß dort betreten hat. Wir kriegen doch erst wieder Landschaftsschutz hin, wird er überhaupt erst wieder möglich, wenn wir diese herkömmlichen Energiepotentiale durch Erneuerbare Energien ersetzen.

Dann heißt es, das Potential reicht nicht. Die Sonne strahlt auf unseren Erdball am Tag 15.000 mal mehr Energie als der Tagesverbrauch an Atom- und Fossilenergie ist. Zu sagen, dieses Potential reiche nicht aus, ist eine abenteuerliche Energielüge. Mit dieser Lüge wird die Gesellschaft geistig gefangen gehalten. Es soll ihr ausgedreht werden, an so etwas zu denken. Und diejenigen, die diese Alternative beschreiben, werden auch noch als unseriös hingestellt. Wir erleben ja alle, dass, wenn mal eine Energiekrise kommt, deren Ursache eigentlich bekannt ist, die ersten, die gefragt nach ihrem Ratschlag werden, wie man sie überwindet, die Vorstandsvorsitzenden der großen Energiekonzerne sind. Ob sie Claassen heißen oder wie auch immer. Ob es ein Stromkonzern ist oder ob es ein Mineralölkonzern ist. Das ist dann ungefähr gleichbedeutend, als würde nach einem Raubüberfall der Bandenchef anschließend interviewt werden, was denn seine Vorschläge zur Verbesserung der Verbrechensbekämpfung seien! Anders ist das nicht zu bewerten.



Neujahrsempfang der AG 60 plus im Großen Kursaal in Bad Cannstatt

Was ist denn der Grund, warum die heutigen Energieanbieter sich weigern? Der Grund ist, dass sie diejenigen sind, die diesen Prozess nicht mehr in ihrer jetzigen Form überstehen können. Denn es gibt kein Energiebereitstellungssystem, keine Energiewirtschaft, die wirklich neutral sein könnte gegenüber den verschiedenen Energiequellen. Das machen sich viele nicht klar, vor allem nicht viele politische Akteure, die da mit Sachzwang Behauptungen schlucken, die einer näheren Überprüfung nicht standhalten. In Wirklichkeit ist es ein Sachzwang, der nur für die heutigen großen Energieanbieter gilt. Wir haben nämlich nur eine Entscheidung: Das ist die Entscheidung, welche Energiequelle wir auswählen. Eine andere haben wir nicht. Ist diese Entscheidung einmal getroffen worden und wird daran festgehalten, dann bestimmt sich von dieser

Entscheidung alles andere mit eiserner Konsequenz von selbst. Denn mit der Wahl der Energiequelle ist entschieden, braucht man Förder-techniken, um das aus der Erde zu holen, oder braucht man sie nicht, wie bei Wind und Sonnenstrahlen. Es ist damit entschieden, ob man lange Pipelines für den Transport dieser Energie braucht oder nicht. Die reichen teilweise um den halben Erdball. Es sind Milliardeninvestitionen, und die lohnen sich nur, wenn immer für vollen Umsatz gesorgt ist für den Zeitraum von vielen Jahrzehnten. Bei Erneuerbaren Energien, die von der Natur angeboten werden – kostenlos, als Primärenergie - braucht man keine Infrastruktur, man braucht auch kein Energielieferunternehmen, keine Mineralölgesellschaft, keine Bergwerksgesellschaft, keine Tankschiffgesellschaft, keine Pipelines. Und es ist mit der Wahl entschieden, welche Energiewandlertechnik notwendig ist, um diese Energie in eine Nutzenergie umzuwandeln. Es ist also auch damit entschieden, welche Unternehmen geeignet sind, das alles zu organisieren. Natürlich kann ein kleines oder mittelständisches Unternehmen, auch ein Stadtwerk, nicht die Energiebereitstellung für Öl oder Gas aus dem Kaukasus nach Mitteleuropa übernehmen, aber die Bereitstellung Erneuerbarer Energien könnten sie übernehmen. Mit anderen Worten: die heutige Energiewirtschaft wird der Verlierer dieser Entwicklung sein. Und je mehr sich diese Energiequellen erschöpfen – d.h. ja, dass es sich auf immer weniger Reserveplätze stützt, desto mehr wird sich der Konzentrationsprozess multinational weiterentwickeln. Desto weniger Energieunternehmen wird es geben. Desto mehr kommen ganze Gesellschaften samt ihren Verfassungsinstitutionen, die demokratisch gewählt sind, in Abhängigkeit weniger Gesellschaften. Das ist demokratiegefährdend! Hiermit wird gesellschaftliche Selbstbestimmung tendenziell unmöglich gemacht und ist teilweise schon unmöglich geworden.

Deswegen war einer der größten Fehler der letzten Jahre, die gemacht worden sind - allzu eifertig - dass man diesen Konzentrationsprozess auch noch politisch begünstigt hat. Wir brauchen nur nach Baden-Württemberg zu schauen. Es gab vier große Regionalunternehmen, die mal aus Stadtwerken herauskamen, eine war sogar ein Stadtwerk, nämlich die TWS. Aus vier (TWS, Energieversorgung Schwaben, Badenwerk und den Neckarwerken, die mal ein Konsortium von Kommunen waren) wurde Energie Baden-Württemberg unter der Hauptaktionärschaft von Électricité de France. Und das ist längst nicht das Ende des Konzentrationsprozesses. Und die kommunalen Werke wurden geopfert. Dabei sind gera-

de die kommunalen Werke diejenigen, die wenn es um Erneuerbare Energien geht, eine neue Zukunftschance haben. Denn dann wird man wieder dezentral erzeugen müssen. Dann ist nämlich der Ersatz für wenige Großkraftwerke viele mittlere und kleinere, die breit gestreut sind in den Regionen und Städten. Dadurch kommen die Stadtwerke wieder ins Spiel. Deswegen ist heute jede Kommune gut beraten, es wäre gute sozialdemokratische Kommunalpolitik, Stadtwerke sogar neu zu gründen oder zurückzukaufen, um die Zukunftsentwicklung in die Richtung zu treiben, von der wir hier reden. Das wäre die Schlussfolgerung!

Man sieht also an allen Ecken und Enden, wo man mit Handeln anfangen kann und muss, um einen neuen Prozess der Energiebereitstellung auf Dauer zu ermöglichen, denn Erneuerbare Energien gibt es auf Dauer. Die Unterschiede sind: Hier die herkömmlichen Energien mit all den darin liegenden Gefahren, einschließlich der Atomenergie, und diese auch noch in einem bevorstehenden Erschöpfungszustand. Dort die Erneuerbaren Energien, alle aktuell von der Sonne kommend, ein riesiges Potential, wenn wir es nur nutzen würden. Unerschöpflich, solange die Sonne existiert als Zentralgestirn. Also auch nicht auf ewig. Aber nach menschlichem Ermessen auf ewig. Wenn die Sonne mal nicht mehr existiert, ist alles aus. Aber nach Aussage der Astrophysiker, nicht der Astrologen, wird es noch etwa 5 bis 7 Milliarden Jahre existieren. Mich fragte mal einer in einer Diskussion, ob ich Millionen oder Milliarden Jahre gesagt hätte, nachdem ich diese Zahl genannt hatte. Ich sagte: „Milliarden“, da meinte er „Dann bin ich aber beruhigt!“ Dort die umweltzerstörenden Energien, hier die emissionsfreien Energien oder klimaneutralen, wenn es um Bioenergie geht. Und daneben dort die sich zentralisierenden und ganze Regierungen von sich abhängig machenden krisenhervorrufenden und dort die verfügbaren, die vielen, die in eigener Kontrolle, eigener gesellschaftlicher Verfügbarkeit bleiben.

Die Entscheidung ist eigentlich einfach, aber wir müssen sie beherzt treffen und wir müssen uns lösen von dem Ratschlag derjenigen, die meinen, sie hätten die Energiekompetenz gepachtet. Die meisten Energieexperten, die sich heute zu Wort melden, bis zu den Instituten, sind ja genau genommen ein Teil des Problems. Denn sie sind zu Zahlen von über 90 Prozent direkt oder indirekt abhängig von genau dieser Energiewirtschaft selber. Und wenn sie eines perfekt beherrscht, dann den Versuch der Beeinflussung politischer Entscheidungsprozesse. Das sind bestimmte Formen legalisierter Korruption, die sich hier abspie-

len, und auch davor sollte man sich nicht den Mund verkleben lassen. Das ist die Form: bezahlt wird später durch Anschlussfähigkeit nach dem politischen Amt. Und auch dagegen muss man die Stimme erheben. Man kann übrigens dagegen auch Vorkehrungen treffen. Etwa die Vorkehrung, dass jemand, der in einem politischen Amt ist und direkt in diesem politischen Amt, z.B. als Wirtschaftsminister, mit diesem Wirtschaftszweig zu tun hatte, bis zu drei Jahre nach seinem Ausscheiden dort nicht tätig werden kann. Solche Dinge gibt es im privatunternehmerischen Bereich, man nennt es dort die Karenzzeit, die eingebaut wird, dass man beim Konkurrenzunternehmen für einen bestimmten Zeitraum nicht tätig werden darf, weil man vielleicht zu viel mitnehmen kann, was dem anderen nützt und dem früheren Unternehmen schadet. Es ist alles möglich, das zu machen. Wir brauchten jedenfalls in dieser Frage eine politische Vollmobilisierung und Voraussetzung hierfür ist ein wirklich in gesellschaftlicher Verantwortung stehendes Denken.

Und wenn ich einen Beitrag leisten kann, der für die Gesellschaft lebenswichtig ist, dann ist es genau die Vermittlung dieses Denkens. Die Vermittlung, dass man eben einen langen Atem braucht und Hartnäckigkeit, und sich nicht gleich frustrieren lassen darf, wenn nicht alles auf einmal gelingt. Dass man einen langen Atem braucht, um sich eine große Aufgabe vorzunehmen. Heute gel-



ten schon viele als unrealistisch, wenn sie ein Ziel formulieren, das nicht bereits morgen in vollem Umfang umgesetzt und realisiert werden kann. Hätte dieses Denken am Beginn der nun über 140 Jahre alten Sozialdemokratischen Partei gestanden und dort überwogen, wäre es nie zu einem demokratischen Verfassungsstaat gekommen. Denn als man die Forderung erhob, war allen klar, die wird nicht morgen schon umgesetzt. Das schaffen wir nicht in einem Jahr, das zu realisieren. Die Abschaffung der Kinderarbeit wurde erhoben ohne dass man das Gefühl hatte, wenn wir das jetzt fordern, dann ist es in einem halben Jahr geschafft, und wenn man das nicht schaffen kann, dann fordern wir es jetzt nicht, weil es als unrealistisch gilt. D.h. wir müssen unser Realismusverständnis an dem ansetzen, was nötig ist, was sich an prinzipiellen Entscheidungen als Notwendigkeit ergibt und gut be-

gründbar und massiv begründbar ist. Und von da aus dann die Ansätze entwickeln, die notwendig sind.

Es ist eine Form geistiger Umweltverschmutzung, dass man den Menschen die Perspektiven, die tatsächlich dauerhafte, humane Gesellschaft sichern, ausredet. Denn damit tötet man Engagement. Wer nicht an eine bessere Perspektive glaubt und sie nicht sich vorstellen kann, der engagiert sich auch nicht. Dann entwickeln sich No-Future-Mentalitäten, Apathie, Lethargie, Gleichgültigkeit, in jedem Fall mangelndes Engagement. Deswegen müssen wir die Perspektive zeigen und uns dafür einsetzen, dass dieses Weltproblem tatsächlich überwindbar ist, aber nur durch den entsprechenden Energiewechsel. Und dieser Wechsel zu Erneuerbaren Energien ist eine kernsozialdemokratische Aufgabe, nicht nur wegen des eingangs genannten hochaktuellen Liedes, sondern auch aus einem anderen Grund: Der Wechsel von kommerziellen Primärenergien - diese kommerziellen Primärenergien stellen in Form der großen Mineralöl- und Kohle- und sonstigen Gesellschaften, Gasgesellschaften, Uranförderer, den größten Weltwirtschaftszweig und den einflussreichsten - zu Erneuerbaren Energien, die kostenlos von der Natur geliefert werden, ist schon deshalb die sozialdemokratische Zielsetzung im Sinne des Wortes. Und begründet, warum so wenig Widerstände da sind, weil man die Sonne nicht privatisieren kann und den Wind auch nicht! Es ist Allgemeingut, es bleibt Gemeingut und deswegen setzen Sie sich, setzt Euch mit dafür ein, dass uns dieser Energiewechsel gelingt, und er auf kommunaler, landespolitischer, bundespolitischer Ebene, weltweit eingeleitet wird. Dazu braucht man im Grunde genommen die dafür aktivierte meinungsoffene bewusste Gesellschaft.

B. Antrag Bundesvorstand:

Dieser Antrag basiert auf den überwiesenen Anträgen der 60 plus-Bundeskonferenz 2005 in Hannover.

Beitrag AG SPD 60 plus zum SPD Grundsatzprogramm

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus. Auf dieser Grundlage wollen wir eine gesellschaftliche Gleichheit und Sicherheit ohne Klassen, Privilegien, Diskriminierung und Ausgrenzung. Wir wollen, dass gesellschaftspolitische Grundentscheidungen demokratisch getroffen werden, um eine totale Ökonomisierung zu vermeiden. Die Daseinsvorsorge darf auf keinen Fall privatisiert werden.

Wir treten für die Solidarität der Generationen ein, damit Generationengerechtigkeit möglich wird. Einen Krieg der Generationen darf es nicht geben.

Wir wollen durch solidarisches Handeln Lebensqualität verbessern, Wohlstand erreichen und Armut verhindern.

Wir wollen Frieden. Kriege und Gewalt sind vermeidbar. Die Stärkung der Menschenrechte, die Verbesserung der Informations- und Bildungsmöglichkeiten, wirtschaftlicher Wettbewerb und ein entschiedenes Eintreten für Wahrheit und Demokratie sind unverzichtbare Elemente jeder Friedenspolitik.

1. Solidarität der Generationen

Der wachsende Anteil älterer Menschen ist als Herausforderung und als Chance für unsere Gesellschaft zu begreifen.

Die Älteren in der SPD sehen sich nicht nur als Lobby für eine bestimmte Lebensaltersgruppe, sondern sie sehen sich auch in der Verantwortung für künftige Generationen.

Die Wahrnehmung dieser Verantwortung setzt eine Mitwirkung und Mitbestimmung auf allen Entscheidungsebenen voraus.

Die Herausforderung liegt vor allem in der notwendigen Veränderung der sozialen Sicherungssysteme. Dazu gehören auch die Bewahrung einer intakten Umwelt, eine nachhaltige Finanzpolitik und eine Bildungspolitik, die Chancengleichheit sichert.

Die Chancen liegen in dem Wissen und in den Erfahrungen sowie der Bereitschaft vieler ältere Menschen zum Engagement für unsere Gesellschaft, in der es keine Diskriminierung aufgrund des Lebensalters geben darf.

In einer sich verändernden Gesellschaft sind solidarische Beziehungen wichtiger denn je. Sie müssen erhalten, erweitert, geschützt und unterstützt werden.

Nicht Unverständnis und Konkurrenz, sondern Erfahrungsaustausch und Solidarität müssen das Verhältnis zwischen Jung und Alt bestimmen.

2. Wir brauchen ein realistisches Altersbild

Das gesellschaftliche Altersbild ist von Vorurteilen gegenüber dem Alter und älteren Menschen geprägt.

Wir wollen verhindern, dass alte Menschen vereinsamen. Wir wollen dafür sorgen, dass ihre Menschenwürde gewahrt und ihre Lebensleistungen von der Gesellschaft anerkannt wird.

Die Lebens- und Arbeitserfahrungen der älteren Generation sind für alle wertvoll.

Wir wollen, dass die unterschiedlichen Formen des Engagements älterer Menschen für die Gesellschaft ausreichend gewertet und gefördert werden.

Auch unter dem Gesichtspunkt der demografischen Entwicklung der Gesellschaft, werden die Ressourcen des Alters noch immer nicht erkannt.

Es muss darauf hingewirkt werden, dass ältere Menschen in unserer Gesellschaft viel stärker als bisher in gesellschaftliche Prozesse als aktive, mitverantwortlich handelnde Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden, die sich nicht nur für die Belange ihrer eigenen Generation, sondern auch für die Belange anderer Generationen und damit für fruchtbaren Austausch zwischen den Generationen und anderen Kulturen einsetzen.

3. Lebensqualität im Alter – Prävention und Pflege

Gesundheit ist das höchste Gut für alle. Für Alt und Jung.

Gesundheitsvorsorge muss mehr denn je zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe und Verantwortung werden und daher im Mittelpunkt der Gestaltung unseres Gesundheitswesens stehen. Niemand darf wegen zu geringem Einkommen davon ausgeschlossen werden. Der Grundsatz der Solidarität und der ausreichenden medizinischen Versorgung muss erhalten bleiben. Dazu könnte die Durchsetzung einer Positivliste ein richtiger Ansatz sein.

Vorbeugen ist besser als im Nachhinein zu heilen. Daher hat der weitere Ausbau der Prävention ganz besonderen Vorrang.

Die Kranken- und Pflegeversicherung muss auf eine finanziell breitere Basis gestellt werden. Wir wollen daher die Einführung einer „Bürgerversicherung“ um die solidarische Kranken- und Pflegeversicherung wieder ausreichend zukunftsträchtig zu machen.

Ältere müssen sich fest darauf verlassen können: „Im Bedarfsfall werden wir gut gepflegt.“ Geriatrie und Pflege müssen sich ergänzen. Die Betreuung und Versorgung älterer Patienten ist mit besonderen Anforderungen verbunden. Deshalb benötigen wir eine flächendeckende geriatrische Versorgung. Neue Versorgungsformen bei dementiellen Erkrankungen sind zu entwickeln. Ärzte und Pflegekräfte sollten durch Aus- und Weiterbildung auf die neuen Herausforderungen vorbereitet werden.

4. Arbeitsplätze auch für Ältere sichern und ausbauen – lebenslanges Lernen

Ältere verfügen nicht generell über eine schlechtere Leistungsfähigkeit als Jüngere.

Als bedeutsame Ressource, die ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Laufe ihres Berufslebens erwerben, ist die berufs- und betriebsspezifische Erfahrung zu werten.

Insgesamt zeichnen sich ältere Arbeitnehmer

durch geringere Fehlzeiten, weniger Unfälle und höhere Arbeitszufriedenheit aus. Zur Bildung des Humanvermögens gehören auch Investitionen in den Gesundheitszustand durch entsprechende Vorsorgemaßnahmen, damit Menschen auf ihren Arbeitsplätzen gesund altern können.

Kontinuierliche und berufsbegleitende Weiterbildung ist notwendig

Zukünftige Belegschaften werden im Durchschnitt älter sein. Die deutsche Volkswirtschaft kann sich den Verzicht auf die Erfahrung und das Talent der über 60-Jährigen auf Dauer nicht leisten. Dies bedeutet, dass kontinuierliche Weiterbildung ein Muss für alle Erwerbstätigen ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass gerade die kontinuierliche Weiterqualifizierung im Beruf eine Voraussetzung für die Erhaltung der beruflichen Leistungsfähigkeit darstellt. Weiterqualifikation soll den gesamten Zeitraum der Berufstätigkeit begleiten. Weiterbildung darf nicht mit dem Ende der Erwerbstätigkeit auslaufen. Sie ermöglicht der älteren Generation, informiert, selbständig und mitverantwortlich zu leben.

Vorausschauende Personalpolitik

Unternehmen und Betriebe brauchen eine vorausschauende Personalpolitik, die die Entwicklung älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördert. Die Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bildet den besten Schutz vor Entlassungen in die Arbeitslosigkeit wegen tatsächlicher oder vermeintlicher Qualifikationsdefizite. Die Weiterbeschäftigung einer qualifizierten, älteren Mitarbeiterschaft wird auch im Hinblick auf einen entstehenden Fachkräftemangel unverzichtbar sein.

Arbeitgeber und Gewerkschaften sind aufgefordert auch in Tarifverträgen Weiterbildungsansprüche zu vereinbaren.

5. Chancen des bürgerschaftlichen Engagements nutzen

Wissen, Können und Erfahrungen älterer Menschen stellen auch in Zeiten schnellen sozialen Wandels eine wichtige Grundlage für nachfolgende Generationen dar. Auf diesem Boden wächst der Zusammenhalt der Generationen, auf dem unsere Gesellschaft aufbaut. Ziel ist es, eine Kultur selbstverständlicher Freiwilligkeit für alle Altersgruppen in unserem Land zu entwickeln.

Viele ältere Menschen, die nicht mehr erwerbstätig sind, möchten ihr Wissen und ihre Erfahrungen in bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement einbringen.

Allerdings gilt auch hier, dass förderliche Rahmenbedingungen bereitgestellt werden müssen, die aber keine Altersgrenzen für Wahlämter vorsehen. Diese betreffen professionelle und infrastrukturelle Unterstützung ebenso wie eine neue „Anerkennungskultur“ oder sozialrechtliche Absicherung. Besonders gefragt sind die Kommunen und Politik. Aber auch die Betriebe sollten sich verstärkt an der „neuen Kultur des bürgerschaftlichen Engagements“ beteiligen.

6. Kommunen im Wandel – Wohnen im Alter, Mobilität

Den Kommunen fällt eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung des demographischen Wandels zu. Sie sind hauptzuständig für die soziale Daseinsvorsorge und die Bereitstellung der Infrastruktureinrichtungen und Dienste für die Bevölkerung sowie die Gestaltung des Wohnumfeldes. Da die demographische Entwicklung nahezu alle Lebensbereiche betrifft, ist es notwendig vor Ort eine Gesamtstrategie zu erarbeiten und die Planungen auf längerfristige Zeiträume auszurichten.

Wohnen im Alter ist eine der zentralen Kategorien für die Lebenssituation älterer Menschen. Immer mehr Menschen wollen möglichst lange in den eigenen vier Wänden alt werden und ihre Eigenständigkeit und Selbstbestimmung so weit als möglich behalten. Dies erfordert neue altersgerechte Wohn- und Siedlungsstrukturen einschließlich der Sicherstellung von entsprechenden Hilfe- und Betreuungsangeboten, Infrastruktureinrichtungen und Kommunikationsmöglichkeiten zur sozialen Integration. Im Sinne eines solidarischen Miteinanders sind neben staatlichen Handelns private Initiativen zu fördern. Wir brauchen verschiedenartige freiheitliche Angebote. Auch gemeinschaftliches Wohnen ist für viele ältere Menschen eine passende Lösung für ein selbstbestimmtes Leben und Wohnen im Alter.

Dazu gehört auch die konsequente Durchsetzung der Barrierefreiheit.

Mobilität in einer alternden Bevölkerung zu sichern, bildet eine wichtige Herausforderung für weitere gesellschafts- und verkehrspolitische Anpassungsstrategien. Die Mobilität im Alter muss in das Zentrum der Verkehrspolitik rücken. Der Verkehr muss durchgehend den Sicherheitsbedürfnissen älterer Menschen angepasst werden. Der Anteil der Senioren an der Verkehrsleistung beträgt rd. 9 Prozent und wird weiter zunehmen. Mobilität bis ins hohe Alter bedeutet Selbstständigkeit, Freiheit sowie Unabhängigkeit, wenn Versorgungssicherheit

(u.a. Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und Medikamenten) gewährleistet ist. Jede Einschränkung geht mit dem Verlust an individueller Lebensqualität einher.

7. Flexibilisierung des Renteneintritts – Bürgerversicherung in der Rentenversicherung

Alle Bürger müssen nach erfülltem Arbeitsleben und bei entsprechenden Versicherungszeiten das Recht auf eine angemessene Altersrente haben, die ein Leben in finanzieller Selbstständigkeit ermöglicht und zugleich eine Anerkennung der bisherigen Lebensleistung darstellt, und zwar so, dass der erreichte Lebensstandard fortgeführt werden kann. Dabei müssen Zeiten der Kindererziehung und der Familienpflege ebenso wie Zeiten der Erwerbstätigkeit zum Arbeitsleben und zur Lebensleistung zählen. Berufsbedingte Belastungen müssen beim Renteneintrittsalter berücksichtigt werden.

Da aber letztlich die maximal erreichbare gesetzliche Rente im Einzelfall kaum ausreichen wird, den im Laufe eines Arbeitslebens erworbenen Lebensstandard allein zu sichern, ist die betriebliche und private Altersvorsorge weiterhin finanzpolitisch zu fördern.

Die Rentenversicherungspflicht ist auf alle Erwerbstätige auszudehnen, ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Arbeitsverdienstes und ihre arbeitsrechtliche Stellung, also auch auf Geringverdienende, Beamte und Selbständige.

Kritisch hinterfragt werden muss die noch immer viel zu starre Dreiteilung des Lebenslaufs in eine immer längere Vorbereitungs-, eine immer kürzere, dafür aber zeitlich immer dichtere Erwerbsphase, und eine immer längere, z.T. individuell wie gesellschaftlich ungenügend genutzte Altersphase, die auch in Anbetracht der gestiegenen Lebenserwartung der Menschen zunehmend weniger Sinn macht.

Ebenfalls zu hinterfragen ist die bislang viel zu starre zeitliche Hintereinanderreihung im Lebenslauf von Vorbereitungs-, Erwerbs- und Altersphase, die es sehr viel stärker zu synchronisieren und vor allem mit Blick auf Arbeit, Bildung, Familie und Freizeit zu parallelisieren gilt.

8. Migrantinnen und Migranten

Die Probleme und Belange der künftig ebenfalls zunehmenden Gruppe der älteren Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund bedürfen unserer besonderen Verantwortung.

Ihre Kompetenzen und sozialen Ressourcen müssen von unserer Gesellschaft mehr als bisher genutzt werden.

Viele unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger leiden noch immer unter kultureller und gesellschaftlicher Isolation und werden Opfer von Diskriminierung.

Kulturelle Vielfalt bereichert unser Leben. Deshalb muss alles getan werden, was Verständnis, Achtung und Zusammenleben zwischen unterschiedlichen Nationen und Kulturen fördert, Integration und Teilhabe ermöglicht. Eine kultursensible und interkulturelle Begegnung mit Menschen aus anderen Kulturen braucht Toleranz und Verständnis auf beiden Seiten.

C. Bericht zur Konferenz der SPD AG 60 plus „Gesellschaftlich aktives Alter gestalten“ am 04.12.06 im Willy-Brandt-Haus in Berlin:

Etwa 300 Teilnehmer waren der Einladung des Bundesvorstands SPD AG 60 plus zu dieser Tagung gefolgt. Das Podium war mit drei Mitgliedern der 5. Altenberichtscommission der Rot-Grünen Bundesregierung, den Professoren Rolf G. Heinze, Universität Bochum, Gerhard Naegele, Universität Dortmund, und Andreas Kru-



se, Universität Heidelberg, dem Vorsitzenden der Altenberichtscommission, sowie der Gesundheitsministerin Ulla Schmidt MdB, Andrea Nahles MdB und Mitglied des SPD-Parteivorstands, und Kurt Beck, SPD-Parteivorsitzender und Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, als Abschlussredner prominent besetzt.

Otto Graeber, Vorsitzender des Bundesverbands AG 60 plus, rief zur intelligenten Gestaltung des demografischen Wandels und zu seiner Nutzung für Innovationsschübe auf, wobei die Voraussetzung für eine humane und sichere Zukunft das Miteinander von Jung und Alt sei. Wenn über Altersarmut in unserer Gesellschaft geredet werde, dürfe über den Altersreichtum nicht geschwiegen werden.

„Gesellschaftliche Produktivität Älterer“, „Ökonomische Produktivität Älterer“ und „Altern der Gesellschaft aus der Sicht einer Verantwortungsethik“ waren die Themen der Tagung. Bereits heute erbringen ältere Menschen substantielle Leistungen in der Gesellschaft und für die Gesellschaft, wobei das bürgerschaftliche Engagement unabhängiger von traditionellen Bindungen gestaltet wird als früher. Notwendig ist der Abbau von Barrieren, die Ältere daran hindern, ihre Erfahrungen und Fähigkeiten mit beachtlichem bürgerschaftlichen Potenzial gebührend zur Geltung zu bringen, weil

unsere Gesellschaft es den Menschen nicht leicht macht, das Älterwerden zu akzeptieren. Deshalb muss Älterwerden selbstbewusster vertreten werden, um die Lebenslage dieser Altersgruppe im ganz normalen demokratischen Diskurs zu vertreten. Demokratie kennt keinen Rentnerstatus, wohl aber durchaus Rechts- und Pflichtansprüche für alle Bürger! Das Problem unserer Gesellschaft ist „Unterjüngung“ und nicht Überalterung, ein Jahrzehnte lang bekannter Trend, dessen Auswirkungen Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und fehlendes Nachwachsen von Kindern weder politisch noch gesellschaftlich beachtet oder gar ernst genommen wurde. Hierzu ist das Papier der 5. Altenberichtscommission der Rot-Grünen Bundesregierung eine richtungweisende Studie.

Der wachsende Zeitgewinn einer alternden Bevölkerung ist kein Grund zu Fatalismus. Das gängige Defizitmodell vom Alter (F. Schirrmacher, „Methusalem-Komplott“) muss dahin gehend korrigiert werden, den Wandel zur Qualität und nicht zur Quantität zu erkennen. Eine im Alter durchaus vorhandene Plastizität des Gehirns (Paul Baltes), d.h. seine nachgewiesene Anpassungsfähigkeit kann durch Lernen in „gemischten Umfeldern“ gefördert werden. Dann zählen mit zunehmendem Alter qualitativ Mitverantwortung und Gesundheit bei weiterhin bestehender Innovationsfähigkeit und Kreativität im privaten, im öffentlichen wie im betrieblichen Leben.

Inaktivität, ein gravierender Irrtum im Gefolge der Frühverrentungspolitik der neunziger Jahre zur finanziellen Entlastung der Unternehmen, wurde der gesellschaftlichen Komponente des Älterwerdens nicht gerecht. Betriebe sind vielmehr dahin gehend zu beraten, eine alterssensible Arbeitswelt für ältere Mitarbeiter zu schaffen, wenn gleich die Unternehmen in der Vergangenheit die Politik zur Frühverrentung durchaus in ihrem und im Sinne der Älteren genutzt haben. Das Resultat, nur einem Teil der heutigen Rentnergeneration geht es finanziell und gesundheitlich so gut wie nie zuvor geht.

Auf dem Boden dieser gesellschaftspolitischen Vorgaben hat sich eine „graue Ökonomie“ mit vielfältigen Dienstleistungsangeboten für ältere Menschen entwickelt, weil 80% von ihnen den gewohnten Lebensraum ungern verlassen wollen und gelernt haben, zunehmend besser mit der Hilfe neuer Technologien den Alltag allein zu meistern. Die „Wirtschaftskraft Alter“ ist so mit ökonomischen Eigenbeiträgen längst ein

gesellschaftlicher Produktivfaktor mit wachsender Bedeutung geworden. Es gilt, im Dialog mit der Politik die Unternehmen für ältere Arbeitnehmer und Kunden zu umfassenden Zukunftsstrategien zu bewegen; denn ältere Arbeitnehmer wissen die Bedürfnisse einer alternden Bevölkerung zielgenauer einzuschätzen als jüngere Arbeitnehmer.

In Generationen übergreifenden Wohnformen können engagierte Ältere Vorbilder für Jugendliche werden, weshalb Kommunen und Städte zur Bereitstellung solcher Infrastrukturen aufgefordert sind. Deren Realisierung dürfte neue, bisher nicht genutzte gesellschaftliche, gesundheitspolitische und ökonomische Produktivkräfte zur Entfaltung bringen und zu einem wesentlichen gesellschaftlichen Kitt werden. Die Gesundheitsministerin Ulla Schmidt mahnte, dass unsere Gesellschaft sich planend darüber Klarheit verschaffen müsse, wie sie in zehn bis zwanzig Jahren und darüber hinaus leben und was sie aus den gewonnenen Lebensjahren in guter Gesundheit machen wolle.

Darum ist es vom Standpunkt der Verantwortungsethik einer Gesellschaft Gebot, für ein gutes, gesundes Leben aller Altersgruppen zu sorgen, die Morbidität auf wenige Jahre zu verkürzen, den Beitrag der Älteren als Wirtschaftsfaktor unter dem Gesichtspunkt des Verbraucherschutzes zu würdigen, die ältere Generation nicht aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen, sondern sie dorthin zu holen, damit aktive Beiträge älterer Mitbürger vorbildhaft für die Jüngeren wirksam zu nutzen, die junge Generation mit altersbedingten Einschränkungen, auch der Verletzlichkeit alter Menschen zur Erweiterung des Humanen verstehend zu konfrontieren, will heißen „meine Leiden sind mir zu Lehren geworden“ (Herodot), die Verantwortung des Menschen vor sich selbst durch gute und umfassende Bildung zu sichern, und schließlich die ökologische und kulturelle Verantwortung der vorhergehenden, der älteren Generation für einen humanen Fortbestand der Welt für die nachwachsenden Generationen nachhaltig wirksam werden zu lassen.

Der SPD-Parteivorsitzende und Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz Kurt Beck bekräftigte mit seiner Rede als Schlusswort der Tagung den Beitrag der älteren Generation in der Gesellschaft.

Dietmar G. Braun
stellv. 60 plus-Landesvorsitzender

D. Hinweise und Termine:

a) Bundesweiter Aktionstag:

Der diesjährige Aktionstag der AG 60 plus steht unter dem Motto „Jung und Alt - gemeinsam klüger - Generationen lernen gemeinsam“ und findet am Mittwoch, 4. April 2007, statt. Dazu wird vom Seniorenreferat des Parteivorstands in Berlin umfangreiches Material herausgegeben. Demnächst erscheint ein Impulsheft mit Aktionsvorschlägen sowie ein Leitfaden. Das Material kann bei Susanne Dengler (Tel. 030/25991-331, email: susanne.dengler@spd.de) angefordert werden.

b) Landesseniorentage:

Der Landesseniorentag 2007 findet am Dienstag, 5. Juni 2007 im Congress Centrum Rosengarten Mannheim statt. (Die Stadt Mannheim feiert dieses Jahr ihr 400-jähriges Bestehen.)

Zum Vormerken: Der Landesseniorentag 2008 wird am 28. Mai 2008 in Heilbronn ausgerichtet.

c) Landesparteitag zum Parteiprogramm:

Der Landesparteitag zum Grundsatzprogramm ist am Samstag, 7. Juli 2007, in Bühl. Der Antragsschluss dafür ist am 25. Mai 2007.

d) Landesdelegiertenkonferenz AG 60 plus:

Der Landesvorstand hat als Termin für die nächste Landesdelegiertenkonferenz Samstag, den 14. Juli 2007 festgelegt. Der Veranstaltungsort wird in einer der nächsten Sitzungen festgelegt.

e) Bundeskongress AG 60 plus:

Der nächste ordentliche Bundeskongress der AG 60 plus findet am 24./25. August 2007 in Aschaffenburg statt und steht unter dem Motto „Solidarisch und gerecht: Generationen gestalten gemeinsam“. Neben dem Schwerpunktthema Programmdebatte stehen Neuwahlen des Bundesvorstands auf dem Programm.

E. BILDUNGSREISE NACH THÜRINGEN:

„Die Arbeit ist die Quelle allen Reichtums und aller Kultur.....“ („Gothaer Programm“, 1875)

Bildungsreise des SPD-Landesverbands 2007 zu den Stätten der Programmgeschichte

Termin: 17.-20. Mai 2007

Veranstalterin: SPD-Landesverband Baden Württemberg in Zusammenarbeit mit dem SPD-Reiseservice

2007 wird das „Berliner Programm“ erneuert. Unsere Ortsvereine sind aufgerufen, über den Programmwurf zu diskutieren und sich einzubringen. Mit der aktuellen Programmdiskussion im Gepäck, möchte der Landesverband Baden-Württemberg seine Mitglieder anregen, sich in die Vergangenheit zu bewegen, um zu sehen, wo und wie sich die sozialdemokratische Programmatik bis in die Gegenwart hinein „verewigt“ hat.

Die Region, die wir besuchen, ist besonders geschichtsträchtig. Am 29. Mai 1863 gründete Ferdinand Lasalle in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. (ADAV). Dieser Tag gilt als die Geburtsstunde der Deutschen Sozialdemokratie. Fünf Jahre nach seinem Tod gründeten Wilhelm Liebknecht und August Bebel 1869 in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP). In Gotha gelang schließlich auf dem Einigungsparteitag vom 22. – 27. Mai 1875 der Zusammenschluß. Nach dem Fall der Sozialistengesetze war es Halle, wo die Partei 1890 ihren endgültigen Namen fand. In Erfurt gab sie sich 1891 ein neues Programm.

Zu einer guten Bildungsreise gehören gute Vorträge, gemeinsame Entdeckungsreisen, diesmal vorwiegend in die Vergangenheit, und Begegnungen der Gegenwart. Dr. Konstanze Wegener, Historikerin, ehemalige Bundestagsabgeordnete, jetzt Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft 60plus, wird uns mit Informationen und Vorträgen zur Geschichte begleiten. Vor Ort treffen wir SPD-Prominenz und Genossinnen und Genossen zum Gespräch. Stadtbesichtigungen, Begegnungen und Vorträge wechseln sich ab, so dass ein lebendiges Programm entsteht. Für gutes, thüringisches Essen und die Unterkunft in einem 4-Sterne-Hotel in Weimar (Schwimmbad und Sauna vorhanden!) ist gesorgt.

Die Reiseleitung übernimmt Dagmar Heilsberg, Referentin für Innerparteiliche Bildungsarbeit. Die Stadtführungen werden von örtlichen ExpertInnen übernommen.

Das ausführliche Reiseprogramm kann beim SPD-Landesverband angefordert werden (gudrun.igel-mann@spd.de oder dagmar.heilsberg@spd.de)

Die Reisekosten betragen 295 Euro p.P. im DZ (EZ-Zuschlag 48 Euro) und beinhalten

- 3 x Übernachtung und Frühstück im Quality Hotel, Weimar (www.quality-weimar.de)
- 2 x Abendessen am 17.05. und 19.05.07 im Hotel

- Eintrittsgelder und Stadtführungen
- 2 x Mittagessen

Anmeldungen an SPD-Reisedienst, z. Hd. Stefanie Jacoangeli (Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin, Tel.: 030/255946-00, Fax: 030/255946-99, email: s.jacoangeli@spd-reiseservice.de). Die Anmeldungen werden nach Eingangsdatum berücksichtigt.

Weitere Informationen bei Dagmar Heilsberg (email: dagmar.heilsberg@spd.de oder Tel. 0171/5741617).

F. Verschiedenes:

a) Verabschiedung Peter Steinhilber:

Seit 01.07.06 ist Peter Steinhilber, langjähriger Referent für die Arbeitsgemeinschaften der SPD Baden-Württemberg im Ruhestand. Grund genug für die AG 60 plus ein Abschiedessen für Peter zu organisieren. Dieses fand am 13.12.06 im Zeppelin-Stüble in Stuttgart statt. Im Namen aller Arbeitsgemeinschaften dankte Konstanze Wegener Peter Steinhilber für sein großes Engagement in all den Jahren und überreichte ihm ein Geschenk.



Der AG 60 plus wird Peter als kooptiertes Mitglied weiterhin die Treue halten. Dass er sein Rentnerdasein eher als „Unruhestand“ versteht, hat er mit seiner Teilnahme an den letzten Sitzungen und Veranstaltungen der AG 60 plus gezeigt. Somit ist gewährleistet, dass er uns mit seiner Erfahrung und seinem Wissen auch weiterhin mit Rat und Tat zur Seite stehen wird. Darauf freuen wir uns!

Gudrun Igel-Mann

b) Ehrenbürgerwürde für Gerhard Gebauer:

Der Gemeinderat von Villingen-Schwenningen hat beschlossen, den langjährigen Oberbürgermeister der Stadt, Gerhard Gebauer, und seine Frau Liselotte (beide 80) zu Ehrenbürgern zu ernennen.

Eigentlich sollte nur Gebauer, Vorstandsmitglied der AG 60 plus in Baden-Württemberg, geehrt werden. Der 1995 nach 35 Dienstjahren verabschiedete Ex-O, der bei seinem Ausscheiden dienstältester Oberbürgermeister Deutschlands war, startete danach noch einmal richtig durch. Er ließ sich in den Gemeinderat wählen und sorgte für den Bau einer geriatrischen Reha-Klinik, die er heute noch leitet.

Ausersehen für die Verleihung der Ehrenbürgerwürde war Gebauer aber der Meinung, dass

auch seiner Frau eine solche Auszeichnung ebenso wie ihm zustehe, habe sie doch über Jahrzehnte hinweg die „Lebenshilfe“ für behinderte Kinder in Villingen-Schwenningen aufgebaut und geleitet.

Gebauer sagte also klipp und klar: entweder beide oder keiner. Nicht alle in Villingen-Schwenningen waren dieser Meinung, aber trotzdem hat sich nun der Gemeinderat mit einer Mehrheit aus SPD, Grünen und FDP für die doppelte Ehrenbürgerschaft entschieden.

c) Zum Schmunzeln:

Immer mehr Senioren verschwinden spurlos im Internet, weil sie aus Versehen am Computer die Tasten 'ALT' und 'ENTFERNEN' drücken.